

„Faschisten, Rassisten und Sozialdarwinisten“



Mitte September rief die PI-Gruppe Frankfurt dazu auf, der öffentlichen Erörterung des Ausschusses für Bildung und Integration im Frankfurter Römer zahlreich beizuwohnen, um selbst zu hören und zu sehen, auf welche Weise ein skandalöses und geradezu deutschenfeindliches „Integrations- und Diversitätskonzept“ der sattsam bekannten Frankfurter Integrationsdezernentin Dr. Eskandari-Grünberg (Die Grünen) zur „Diskussion“ gestellt wurde.

Der Aufruf verfehlte seine Wirkung nicht, denn statt im durchaus geräumigen Sitzungssaal „Silberberg“ musste aufgrund des Publikumsandrangs die Veranstaltung in den Plenarsaal des Frankfurter Römers verlegt werden. Das freilich hinderte die Protagonisten dieses „Integrationskonzepts“ nicht daran, intern und medial den Andrang als Zustimmung zum Konzept umzuinterpretieren. Eine wirkliche Diskussion mit den Bürgern hat sowieso nie stattgefunden und war nicht gewünscht, denn das Ergebnis jeder „Bürgerdiskussion“ stand bereits fest und jede „Diskussionsrunde“ wurde in diesem Sinne emanzipatorisch-autoritär moderiert.

In der Folge wurde am 30. September 2010 das „Integrationskonzept“ mit „überwältigender Mehrheit“ von der Stadtverordnetenversammlung unter Führung von CDU und Grünen

verabschiedet. Die einzige Fraktion, die dagegen stimmte, war die der Freien Wähler unter Vorsitz ihres Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Hübner, der einmal mehr dafür ausgelacht, angefeindet und mit ritualisierten Empörungsformeln wie „Faschisten, Rassisten und Sozialdarwinisten“ etc. bedacht wurde.

Die PI-Gruppe Frankfurt kann den hiesigen Lesern natürlich Tonmitschnitte dieser Abstimmungssitzung anbieten:

Neben befremdlich und der Sache unangemessen komisch wirkenden Redebeiträgen, zum Beispiel der SPD und ÖkoLinX, muss man aber vor allen Dingen einem ungeheuerlichen Satz der Frankfurter Integrationsdezernentin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Beachtung schenken, der im Tonmitschnitt am Anfang zu hören ist:

„Unser Integrationsproblem beschränkt sich nicht auf Menschen mit Migrationshintergrund.“

Wehret dem Anfang kann man da nur sagen. Dieser eine Satz von Frau Dr. Eskandari-Grünberg entlarvt die ungeheuerliche Denke der selbsternannten politischen Regierungselite in Frankfurt und darüber hinaus. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Tatsache, dass sich unsere Politiker dahingehend ideologisch ausgerichtet haben, dass das Deutsche Volk in den Islam integriert und der bisherige Wertekonsens aufgekündigt werden muss. Das ist der ideologische Nährboden, der sich nunmehr anschickt, über die Grenzen des Frankfurter Stadtgebiets hinaus politischer Mainstream zu werden, denn wie im Tonmitschnitt zu hören, fragen schon die nächsten „Integrationsdezernate“ in deutschen Städten und Gemeinden nach Unterstützung für eine Umsetzung dieses „Integrationskonzepts“.

Es ist kein Zufall, dass sich auch Bundespräsident Wulff nur kurze Zeit später am 3. Oktober 2010 zum Tag der Deutschen

Einheit mit seinem Ausspruch „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ in diesem Sinn geäußert hat.

Es ist nunmehr Zeit zum Handeln und dem Anfang einer nicht akzeptablen politischen Entwicklung in diesem Land, die in offene Feindschaft zur Wertegemeinschaft des Deutschen Volkes tritt, entschlossen entgegenzutreten. Deshalb kündigt die PI-Gruppe Frankfurt die Gründung der FRANKFURTER INITIATIVE ‚3. Oktober‘ an. In Kürze wird es PI-Lesern und allen Bürgern, auch über Frankfurt hinaus, möglich sein, sich dieser Bewegung anzuschließen. Entsprechende Adressen für Unterschriftenlisten werden in Kürze bekanntgegeben.

Hier der Wortlaut des Aufrufes:

FRANKFURTER INITIATIVE: ‚3. Oktober 2010‘

Herr Christian Wulff,

seit dem 3. Oktober 2010 sind Sie nicht mehr unser Bundespräsident! Denn für uns, das Volk, ist der Islam kein Teil Deutschlands!

Der Islam darf niemals ein Teil unserer Werte, Kultur und unseres Verhaltens werden!

Wer das nicht versteht, kann nicht unsere Interessen vertreten und schon gar nicht unser höchster Repräsentant sein. Daher, Herr Wulff:

Wir sind das Volk! Sie repräsentieren uns nicht mehr!

Gewiss sind Muslime, die sich in Deutschland vom Verhalten her integriert haben, also unsere Gesetze anerkennen und keine Sonderregelungen fordern, ein Teil der deutschen Gesellschaft – damit haben wir keine Schwierigkeiten. Und wir haben auch keine Schwierigkeiten, wenn Muslime ihrem Glauben im Privaten, zu Hause nachgehen. Wir haben Religionsfreiheit, daran darf und soll nicht gerüttelt werden.

„Deutschland“ ist aber eine Nation, mit Werten, die eine Kulturgemeinschaft bildet. Der Islam kann niemals ein Teil unserer Nation, unserer Wertegemeinschaft sein!

Denn der Islam ist nicht nur ein Glauben, sondern ein umfassend autoritärer Plan, das private und öffentliche Leben, das Denken und Verhalten aller Menschen von der Wiege bis zum Grab nach dem Koran kontrollieren und bestimmen zu wollen.

Dieser fremdartige Kultur-Anspruch der Verhaltens-Kontrolle des Islam ist in keiner Weise verträglich mit unserer Kultur und Werteordnung:

Reformation, Aufklärung, Demokratie, Frauenemanzipation, Menschenrechten und christlich-jüdischen Traditionen stehen daher mit dem Islam in Widerspruch.

Wenn Sie, Herr Wulff, das nicht wissen, oder nicht wissen wollen oder Ihnen das unwichtig ist, sind Sie gänzlich ungeeignet für Ihr hohes Amt. Wir fordern Sie deshalb auf:

Nehmen Sie umgehend Ihre unglaubliche Islam-Äußerung öffentlich zurück! Oder treten Sie als Bundespräsident sofort zurück!

Noch einmal, Herr Wulff: Wir sind das Volk! Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie unverantwortliche Politiker wie Sie alles in Frage stellen, was wir Deutsche in unzähligen Generationen aufopferungsvoll erkämpft und erarbeitet haben.

Das freie, deutsche Volk braucht viel, aber den Islam brauchen wir nicht! Und keinen Wulff im Islam-Pelz!

(Autor: PI-Gruppe Frankfurt)